



KOMMENTARE

## Farce

Kathrin Hoth zum Armutsbericht

Gemessen an Ländern in Afrika, Asien oder auch Osteuropa ist Armut in Deutschland kein Problem. Arme hierzulande verhungern nicht. Trotzdem sind die aktuellen Zahlen alarmierend. Schließlich muss Armut auch in Bezug auf die Gesellschaft gemessen werden, in der man lebt. Arm sein in Deutschland bedeutet vor allem, ausgeschlossen zu sein. So wie die Alleinerziehende, die nicht genug Geld für den Schulausflug ihres Kindes hat. Oder der Langzeitarbeitslose, der sich nach einem Ausweg aus dem Teufelskreis von Hartz IV und Einsamkeit sehnt.

Dass die Konjunktur brummt und das Armutsrisiko dennoch steigt, ist beschämend. Ebenso, dass die reichsten zehn Prozent inzwischen 74 Prozent des Gesamtvermögens besitzen – und die Politik vor der immer weiter auseinanderklaffenden Gesellschaft kapituliert. Denn die Tendenz des Armutsberichts ist schon seit Langem bekannt. Trotzdem hat es die Regierung nicht geschafft, das Steuersystem gerechter zu gestalten und etwa den Reichen-Rabatt bei der Kapitalertragssteuer zu beseitigen. So kommt es, dass Zinserträge von Milliarden nur mit 25 Prozent besteuert werden, mancher Arbeitnehmer jedoch den Spitzensatz von über 40 Prozent zahlt. Die Politik weiß um das Problem, ohne es anzugehen. So wird jede Betroffenheitsbekundung wegen des Armutsberichts zur Farce.

# Die Schere öffnet sich

Immer mehr Millionäre stehen immer mehr Menschen in Schulden und Armut gegenüber

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

**Berlin.** Die Konjunktur brummt, die Arbeitslosigkeit auf Rekordtief, doch die soziale Kluft wird nicht kleiner: Auf der einen Seite immer mehr Millionäre, auf der anderen Seite immer mehr verschuldete Menschen und Arme. Das geht aus dem Entwurf für den fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervor. „Die positiven Entwicklungen bei Beschäftigung und Einkommen schlagen sich nicht in einer rückläufigen Armutsrisikoquote nieder“, heißt es in der Analyse, die Arbeitsministerin Andrea Nahles im Frühjahr vorlegen will. Die Entwicklungen im Einzelnen:

2,05 Millionen Haushalte beziehungsweise 4,17 Millionen Menschen sind verschuldet. Die Zahl der Haushalte, die Kredite nicht abbezahlen können und mit ihrem Einkommen nicht hinkommen, ist seit 2013 um 80 000 gestiegen. 6,1 Prozent der Erwachsenen sind überschuldet, vor zehn Jahren waren es noch fünf Prozent. „Der Trend, nach dem seit 2006 ein stetiger Anstieg zu verzeichnen ist, setzt sich also fort“, heißt es dazu im Bericht. Wer 2015 eine Schuldnerberatung aufsuchte, hatte 2015 im Durchschnitt 34 400 Euro Schulden, das war das 33-Fache des monatlichen Einkommens.

Vier von zehn der Schuldner hatten mehr als zehn Gläubiger. Als Gründe

werden Jobverlust – etwa durch Krankheit – aber auch „Einkommensarmut“ genannt. Obwohl die Betroffenen Geld verdienen, reicht es also nicht.

Dabei sind die Einkommen seit 2012 im Schnitt pro Jahr um 1,9 Prozent gestiegen. 2015 stiegen sie real, nach Abzug der Inflation, um 2,4 Prozent – und damit sogar stärker als Einnahmen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit. Das Problem: „Die Zuwächse der Ein-



kommen im unteren Bereich fielen etwas geringer aus als im Mittel der Haushalte.“ Die soziale Schere schließt sich also nicht, sondern öffnet sich weiter.

Die Armutsrisikoquote stieg in zehn Jahren um einen Punkt auf 15,7 Prozent im Jahr 2015. Als armutsgefährdet gelten Menschen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens haben. Einer der Gründe: Gut jeder fünfte Arbeitnehmer verdient höchstens zehn Euro pro Stunde. Im Osten sind es 35 Prozent, dort ist das Armutsrisiko auch deutlich höher. Die Zahl der Menschen, die auf

Hartz IV oder Grundsicherung im Alter angewiesen sind, stieg in fünf Jahren um 800 000 auf knapp acht Millionen.

Trauriger Trend auch bei den Obdachlosen: Für den Armutsbericht greift die Regierung auf Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zurück. Demnach hatten 2014 335 000 Menschen keine eigene Wohnung, 39 000 von ihnen lebten ganz ohne Obdach auf der Straße. In knapp zehn Jahren ist die Zahl der Menschen ohne eigene Wohnung demnach um 80 000 gestiegen. Fünf bis zehn Prozent der Betroffenen sind Frauen. Der Anteil Betroffener unter 30 Jahren ist binnen sechs Jahren von 27 auf 33 Prozent gestiegen.

Ebenfalls noch obenging es mit der Zahl der Einkommens-Millionäre – von 9500 (2002) auf 16 500 (2012). Ihr Gesamt-Einkommen wuchs in dieser Zeit von 26 Milliarden auf 45,6 Milliarden Euro, was 3,83 Prozent aller Einkünfte in Deutschland entspricht. Dafür leisteten die Millionäre knapp 7,3 Prozent des gesamten Steuer- und Einkommens. Hauptquelle des Reichtums: Unternehmertum oder Erbschaften.

Bei den Einkommensunterschieden liegt Deutschland im Durchschnitt der Industrieländer. Werden Kapital- und Mieteinkünfte einbezogen, ist die Ungleichheit größer. Bei Einberechnung der Renten liegt die Bundesrepublik im EU-Vergleich auf Platz 13, also etwa im Mittel.

## „Die Reichen müssen stärker herangezogen werden“

Armutsforscher Butterwege rechnet im Interview mit der Bundesregierung ab

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

**Berlin.** Christoph Butterwege (65) ist Politologe an der Universität Köln und spezialisiert auf Armutsforschung. Sein Buch „Armut in einem reichen Land“ ist gerade in vierter Auflage erschienen. Im Februar tritt Butterwege für die Linkspartei bei der Bundespräsidentenwahl an. „Die Öffentlichkeit muss für die soziale Spaltung unserer Gesellschaft sensibilisiert werden“, beschreibt er im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion seine Motive. Dass er praktisch keine Sieghancen hat, ist ihm dabei nicht wichtig. „Entscheidend ist, dass es eine Alternative zu Herrn Steinmeier gibt. Davon lebt die Demokratie.“

> **Die Arbeitseinkommen sind stärker gestiegen als die Einnahmen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit: Wird die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland kleiner?**

Nein, die soziale Polarisierung sorgt dafür, dass die da oben immer reicher werden und die Armen zahlreicher. Vier Millionen Menschen sind inzwischen überschuldet. Und der Reichtum wird im Armutsbericht der Regierung sehr undifferenziert betrachtet. Denn die ganz Reichen konzentrieren einen immer größeren Anteil des Vermögens in ihren Händen.

> **Wie kommt es, dass die Zahl der Millionäre auch deutlich gestiegen ist?**

Die Politik sorgt dafür, dass die Vermögenskonzentration weiter besteht oder sogar zunimmt. Auch nach der Erb-

schaftssteuerreform kann man als Kind einer Unternehmerfamilie einen ganzen Konzern erben, ohne einen einzigen Cent betriebliche Erbschaftssteuer zahlen zu müssen. Reichtum wird privilegiert, wohingegen bei den Armen durch eine höhere Mehrwertsteuer belastet werden. Acht Millionen Menschen leben von Grundsicherung. Ein Armutszeugnis für so ein reiches Land.



„Die Politik sorgt dafür, dass die Vermögenskonzentration zunimmt“, sagt Christoph Butterwege. Foto: dpa

> **Wird die Ungleichheit im Armutsbericht heruntergespielt?**

Das Problem der sozialen Spaltung wird beschönigt. Es fehlt nicht an Daten, es fehlt an politischen Taten. Auch die Zahl der älteren Menschen in Armut wächst, obwohl die Konjunktur seit Jahren gut läuft. Wie soll es erst in einer Krisenzeit werden? Es gibt keinen Grund zur Beruhigung!

> **Warum verringert sich die soziale Kluft nicht?**

Die Regierung wirkt der Armut nicht wirksam entgegen. Dafür müsste der Reichtum angetastet werden, was die Große Koalition nicht tut. Sie greift bei höheren Vermögen steuerlich nicht zu, um die Probleme zu bewältigen, in die soziale und Bildungsinfrastruktur zu investieren und so die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Die Reichen müssten stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

> **Warum gibt es seit Jahren immer mehr verschuldete Haushalte?**

Zwar sind die Reallohne gestiegen. Aber viele, die im Niedriglohnssektor beschäftigt sind, sowie Leiharbeiter und sogenannte Multi-Jobber profitieren davon nicht ausreichend. Die Verschuldung zeigt, dass Menschen in erheblichen Finanzierungsschwierigkeiten stecken.

> **Welche Verantwortung trägt die Politik dafür, dass sich die Zahl der Obdachlosen in zehn Jahren vervierfacht hat?**

Ein Grund ist, dass Wohnungen in Deutschland wie Waren betrachtet werden, als wären es Würste oder Wandteppiche. Viele Kommunen haben zum Teil aus Finanznot ihre kommunalen Wohnungsbestände verschערbelt. Heute stehen sie vor den Scherben dieser Politik, weil sie auf die Versorgung von Menschen mit sehr geringem Einkommen nicht mehr verfügen, die jetzt in den Händen privater Eigentümer sind.

RNZ-LEXIKON

## Sofa-Hopper

Sozialarbeiter zeigen sich besorgt über eine steigende Zahl von wohnungslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vor allem in Großstädten wie Berlin, Hamburg oder Köln gibt es Schätzungen zufolge 20 000 junge Menschen, die aus allen sozialen Systemen herausgefallen sind. Ihnen drohe der völlige soziale Absturz, warnt etwa Markus Seidel von der Stiftung „Off Road Kids“. Viele von ihnen, oftmals ehemalige Heimkinder, lebten als „Sofa-Hopper“, die irgendetwas bei Bekannten Unterschlupf finden, mal auf dieser Couch, mal auf jener.

Streetworker der Stiftung versuchen, den jungen Menschen eine neue Perspektive zu geben. In dieser Woche wurde dafür auch eine Internet-Plattform mit der Adresse „sofahopper.de“ eingerichtet.

Einen Grund für den gestiegenen Anteil junger Menschen unter den Wohnungslosen sieht Werena Rosenke von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in den Hartz-IV-Regelungen, die für Menschen unter 25 Jahren keinen Anspruch auf einen eigenen Haushalt vorsehen. dpa